

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00841/2011

Abwanderung von Pflegekräften verhindern - Pflegesatzverhandlungen besser steuern

Beschlüsse:

19.09.2011	Stadtvertretung
022/StV/2011	22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1. Ersetzungsantrag Fraktion DIE LINKE

Die demografische Entwicklung in der Landeshauptstadt Schwerin führt dazu, dass in Zukunft mit der steigenden Zahl älterer Menschen auch der Pflegebedarf erheblich wachsen wird. Gleichzeitig stehen weniger 20-bis 60-jährige Menschen, die theoretisch als Pflegekräfte in Frage kämen, durch Geburtsrückgang und Wegzug nicht zur Verfügung. Das stellt hohe Anforderungen an die Planung und Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere sind zu beachten:

- Aktualisierung und Fortschreibung der Altenplanung (gegenwärtiger und zukünftiger Bedarf)
- Maßnahmen zur Absicherung des Fachkräftebedarfs
- Durchsetzung der Forderung ambulant vorteilstationär, teilstationär, vorstationär
- Durch kooperatives Zusammenwirken der ambulanten Pflegedienste mit den Pflegeeinrichtungen und Entwicklung neuer Wohnformen mit Betreuungsangeboten
- Einrichtung von Kurzzeitpflegeplätzen
- Beratung und Unterstützung für pflegende Angehörige
- Aufbau eines operativen sozialen Netzwerkes für ehrenamtliche Helfer in der Pflege
- Einflussnahme auf die finanzielle Absicherung der Arbeit – Teilnahme an den Pflegesatzverhandlungen
- leistungsgerechte Bezahlung der in der Pflege Beschäftigten
- Angleichung der Löhne Ost und West
- Arbeitsbedingungen für die Pflegebeschäftigten/Zeit-Raum-Hilfsmittel

Abstimmungsergebnis:

bei 13 Dafür-, 21 Gegenstimmen und sieben Stimmenthaltungen abgelehnt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, auf die künftige Ausgestaltung der Pflegesatzverhandlungen für die Schweriner Einrichtungen der Altenhilfe derart Einfluss zu nehmen, dass künftig durch angemessene Pflegesätze qualifizierte Pflegekräfte in den Pflegeeinrichtungen der Landeshauptstadt Schwerin gehalten und neue, gute Pflegerinnen und Pfleger gewonnen werden können.

Abstimmungsergebnis:

bei 22 Dafür-, neun Gegenstimmen und 10 Stimmenthaltungen beschlossen